268. Freitag den 15. November 1861. 268.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr Vormittags** angenommen.

Amtliches.

Berlin, 15. Novbr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Feldprobst, Ober-Konsistorial-Rath und Hofprediger Thielen, den Königlichen Kronenorden zweiter Klasse, dem Bildhauer Professor Kiß zu Berlin, den Königlichen Kronenorden dritter Klasse und dem Hauptmann und Kompagnie-Chef von Lupinski im Magdeburgischen Jäger-Bataillon Nr. 4 den Königlichen Kronenorden vierter Klasse zu verleihen; ferner den Grafen Otto zu Rantzau zum Wirklichen Geheimen Legationsrath zu ernennen und dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu attachiren; so wie den bisherigen Regierungs-Rath von Schmeling in Köslin zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten zu ernennen; endlich dem Unter-Staats-Sekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Wirklichen Geheimen Legationsrath von Gruner, und dem vortragenden Rathe in demselben Ministerium, Wirklichen Legationsrath Theremin, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Sultans Majestät ihnen verliehenen Medschidje-Orden zweiter und resp. dritter Klasse zu ertheilen.

Der Schulamts-Kandidat Dr. Johannes Caspar Peters ist bei dem Gymnasium zu Kulm als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Abgereist: Se. Exzellenz der Staats- und Minister des Krieges und der Marine, General-Lieutenant von Roon, nach Stettin.

Telegramme der Posener Zeitung.

Ragusa, Donnerstag 14. Nov. Vorgestern besetzten die Türken, ohne auf Widerstand zu stoßen, das Kloster Duzi. Mahmud Pascha in Trebinje ist seines Kommando's enthoben und durch Taib Bey ersetzt worden, der gestern früh mit sämmtlichen türkischen Truppen gegen die Insurgenten aufgebrochen ist.

Dresden, Donnerstag 14. Novbr. In einem halbamtlichen Artikel des „Dresdner Journals“, wird der Behauptung der offiziösen französischen Blätter, daß die Verhandlungen mit Preußen über einen deutsch-französischen Handelsvertrag an dem Widerstande der Zollvereinsstaaten gescheitert seien, entgegengetreten. Der Artikel fordert Preußen, dessen Zollverbündete ihm hierbei unbedingtes Vertrauen bewiesen, zur Darlegung des wahren Sachverhältnisses auf.

Frankfurt a. M., Donnerstag 14. Nov. In der heutigen Sitzung des Bundestages gab Preußen seine Erklärung gegen den von Hannover gestellten Flottenantrag ab, bezeichnete in derselben eine abgesonderte Behandlung der Küstenflotte Seitens des Bundes als unzweckmäßig und verlangte eine beschleunigte Erledigung der für die Küstenvertheidigung gemachten Gesammtvorlagen.

Paris, Donnerstag 14. Nov. Abends. Hier eingetroffene Nachrichten aus der Herzegowina und aus Bosnien melden, daß der Aufstand an Umfang beträchtlich zunehme und daß man den Bruch zwischen den Türken und Montenegrinern als nahe bevorstehend betrachte.

(Eingeg. 15. November, 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 14. Nov. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Die Königin Wittwe empfing heute Vormittag mehrere Personen, welche sich ihres vollen Vertrauens zu erfreuen haben. Zu diesen gehören der Chefpräsident des Obertribunals v. Uhden, der Präsident a. D. v. Kleist, der Oberhofprediger Dr. Strauß 2c. Das Diner nahm die hohe Frau mit der Frau Prinzessin Karl und der Prinzessin Alexandrine ein. — Die Frau Prinzessin Friedrich Karl, welche einige Tage unpäßlich war und das Zimmer hüten mußte, machte heute Mittag der Frau Kronprinzessin einen längeren Besuch und fuhr darauf nach dem Thiergarten. Abends erschien die Prinzessin in der italienischen Oper. — Im königlichen Palais werden während des Winters mehrere Festlichkeiten stattfinden, und wird zu diesem Zwecke der im Laufe des Sommers erweiterte Wintergarten durch die schönsten Topfgewächse dekorirt. Mit diesen Assembléen sollen auch Konzerte verbunden sein, in welchen auch die hervorragendsten Mitglieder der italienischen Operngesellschaft mitwirken werden. — Der Minister Graf Bernstorff konferirte heute längere Zeit mit dem Staatsminister v. Auerswald und hatte alsdann eine längere Unterredung mit dem dänischen Gesandten Quaade. Später empfing der Minister auch noch den französischen Bevollmächtigten de Clercq, der Berlin noch nicht verlassen wird, da er eine Wohnung in der Dorotheenstraße gemiethet hat. In diesen Tagen konferirte er wiederholt mit dem Ministerialdirektor Delbrück. Es hat also den Anschein, daß die Verhandlungen weiter geführt werden sollen. — Die hiesigen Gesandten werden jetzt der Reihe nach Diners geben. Der östreichische Gesandte Graf Karolyi hat bereits Einladungen für den 18. d. M. ergehen lassen; am 21. folgt zunächst der russische Gesandte Baron v. Budberg. — Der Kapellmeister Taubert wird am 28. d. M. im Saale der Singakademie eine Konzertaufführung der von ihm zu Shakespeare's „Sturm“ komponirten Musik veranstalten. Die Chöre werden von dem Stern'schen Gesangverein ausgeführt.

— [Die Resultate der ablaufenden Legislaturperiode.] Nunmehr ist auch die Uebersicht der legislatorischen Thätigkeit des preußischen Hauses der Abgeordneten in seiner Sitzungsperiode vom 14. Januar bis 5. Juni 1861 nach der vom Kanzleirath Happel in höchst übersichtlicher und sachgemäßer Anordnung bewirkten Zusammenstellung im Druck erschienen und den Mitgliedern des Hauses zugegangen. — In der Sitzungsperiode des Jahres 1859 wurden 27 Regierungsvorlagen eingebracht, wovon im Plenum 23, nämlich 21 Gesetzentwürfe, eine allgemeine Rechnung und eine Uebereinkunft erledigt wurden, 4 dagegen unerledigt blieben, welche letzteren sämmtlich auf die Regelung der Grundsteuer und die damit zusammenhängenden Angelegenheiten Bezug haben. Hinsichtlich des Gesetzentwurfs wegen Abänderung der §§. 68 und 69 und Ergänzung des §. 72 des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Reallasten und die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, wurde keine Uebereinstimmung erzielt. Der Gesetzentwurf wegen Gewährung der Zinsgarantie des Staates für eine Prioritätsanleihe der Rhein-Nahe-Eisenbahngesellschaft bis zum Betrage von 6,000,000 Thlrn. (§. 1) wurde vom Herrenhause abgelehnt, auch blieben in diesem die Gesetzentwürfe, betreffend das Eherecht, sowie das eheliche Güterrecht in der Provinz Westfalen und den Kreisen Rees, Essen und Duisburg unerledigt, und da die vereinbarten Gesetzentwürfe, die anderweite Einrichtung des Amts- und Zeitungs-Kautionswesens und den Erlaß von Zollgesetzen im Jadebusen betreffend, in der Gesetzsammlung nicht publizirt sind, so beläuft sich die Zahl der zu Gesetzen erhobenen Entwürfe aus der Sitzungsperiode 1859 im Ganzen auf 15. Davon kommen auf das Ressort des landwirthschaftlichen Ministeriums 2, des Handelsministeriums 3, des Finanzministeriums 6, des Justizministeriums 4. Diese vier haben die Gebührentaxe für die Friedensgerichte im Kreise Ehrenbreitstein, die Zulässigkeit der Exekutionsvollstreckung 2c. ebendaselbst, die Gewährleistung wegen verborgener Mängel bei dem Verkaufe und Tausche von Hausthieren im Bezirk des Appellationsgerichts Köln und die Abänderung einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuches zum Gegenstande. Außerdem wurden 22 Anträge eingebracht, von welchen in den Kommissionen 13 unerledigt blieben, 3 nur in denselben berathen wurden und 6 in Plenum ihre Erledigung fanden, und endlich 2 Interpellationen beantwortet. — In der Sitzungsperiode von 1860 kamen 48 Regierungsvorlagen ein. Die Regierung hatte nunmehr Zeit gewonnen, auf die Gesetzgebung ein umfassenderes Augenmerk zu richten, als gegebenen Aeußerungen zufolge im Vorjahre möglich gewesen war; daher 39 der Vorlagen Gesetzentwürfe waren. Von diesen kamen 39 im Plenum zur Berathung, und außerdem noch 6 andere Vorlagen, nämlich 2 Verordnungen, 2 Staatsverträge, 1 Denkschrift und 1 allgemeine Rechnung, so daß im Ganzen 39 Vorlagen erledigt wurden. Während der Gesetzentwurf (§. 1), betreffend die Stempelsteuer für Wechsel und die denselben steuerlich gleich stehenden Papiere bis zum Werthbetrage von 300 Thlrn., abgelehnt wurde, ist bezüglich der Gesetzentwürfe, betreffend das Eherecht, die Aufhebung der Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinssatzes, die Abschätzung der Lehne in dem Herzogthum Pommern und die anderweite Regulirung der Grundsteuer 2c. keine Uebereinstimmung erzielt worden, der Gesetzentwurf wegen Errichtung von Berg-Hypothekenkommissionen bei den Oberbergämtern dagegen von der Regierung zurückgezogen worden. 26 Gesetze sind nach erhaltener Sanktion in der Gesetzsammlung publizirt worden. Unter diesen befinden sich diejenigen, welche den außerordentlichen Geldbedarf der Militärverwaltung für die Zeit vom 1. Mai 1860 bis zum 30. Juni 1861 und die Forterhebung des Zuschlags (25 Prozent) zur klassifizirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer betreffen u. s. w. Außerdem wurden 32 Anträge eingebracht. Von diesen blieben 8 in den Kommissionen unerledigt, 4 wurden nur in den Kommissionen berathen und 20 im Plenum erledigt. An die Vorlagen schließt sich noch ein Schreiben des Ministers des Innern an, welches die Abordnung von Regierungskommissarien zu den Kommissionsberathungen betrifft. Endlich wurden 2 Interpellationen, eine die Exportbonifikation für inländischen Zucker betreffend, vom Finanzminister, die andere, die Verbreitung aufrührerischer Proklamationen im Großherzogthum Posen betreffend, vom Minister des Innern beantwortet. — In der Sitzungsperiode von 1861 wurden 43 Gesetzentwürfe nebst 2 Denkschriften und einem Bericht vorgelegt. In den Kommissionen blieben hiervon unerledigt 2 Gesetzentwürfe, der eine, die Mobilisirung der Kuxe, der andere, die Zulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Verfügungen betreffend, und eine Denkschrift, im Plenum aber der, den Artikel 99 der Verfassung betreffende Gesetzentwurf resp. Kommissionsbericht und eine Denkschrift wegen Vertheilung der 225,000 Thlr. Ueber vier Gesetzentwürfe wurde keine Uebereinstimmung mit dem Herrenhause erzielt, von denen sich der erste auf die gerichtlichen Verfolgungen der Beamten, der zweite auf die Eide der Juden, der dritte auf die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Neu- und Vorpommern erstreckt. Von beiden Häusern sind 28 Gesetzentwürfe, eine Uebereinkunft, eine allgemeine Sache, ein Rechnungsbericht und 3 Verträge angenommen, und in der Gesetzsammlung sind 27 Publikationen erfolgt. Weggefallen ist in dieser Hinsicht die das Handelsgesetzbuch betreffende Publikation. Die Zahl der in der letztverflossenen Session eingebrachten Anträge beläuft sich auf 36, von welchen 8 in den Kommissionen unerledigt blieben, 4 nur in den Kommissionen, darunter resp. 2 zurückgezogen, 8 dem Staatsministerium zur Berücksichtigung resp. Abhülfe überwiesen, die übrigen aber durch Tagesordnung beseitigt wurden. Unter den zur Berücksichtigung 2c. überwiesenen Anträgen befinden sich die des Abgeordneten Lietz wegen der Mennoniken, der Abgeordneten Müller, Reichenheim 2c. die Gewerbeordnung betreffend, die der Abgeordneten v. Carlowitz, Behrend (Danzig) wegen des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes 2c. — Während der ganzen Legislaturperiode 1859—61 gingen 4300 Petitionen ein: von diesen sind in den Kommissionen 3250 berathen, von diesen wiederum 2650 im Plenum erledigt, und von diesen wiederum 700 der Staatsregierung zur Erwägung, Berücksichtigung oder Abhülfe überwiesen worden. — Fassen wir sämmtliche Regierungsvorlagen während der Legislaturperiode zusammen, so ergiebt sich deren eine Zahl von 121. Von diesen sind in den Kommissionen im Ganzen 118, im Plenum 106 berathen. Von der Summe der Anträge, 91, sind in den Kommissionen 62, im Plenum 51 berathen worden. Die beantworteten Interpellationen beliefen sich auf 7. Vor Erledigung aller dieser Arbeiten wurden in den drei Sitzungsperioden 840 Kommissionssitzungen, 171 Plenarsitzungen gehalten und 141 Kommissionsberichte erstattet.

Breslau, 13. Nov. [Festlichkeiten.] Gestern Abend beehrten Ihre Majestäten die bei dem Grafen Henckel v. Donnersmarck stattfindende Soirée mit ihrem Besuche. Das Palais war von Außen glänzend erleuchtet und im Innern mit großer Pracht ausgestattet. Einen wunderschönen Anblick gewährte namentlich der Hauptsalon, in welchem die Büsten Ihrer Maj. des Königs und der Königin, sowie des Kronprinzen und der Kronprinzessin in Nischen aufgestellt und von exotischen Gewächsen umgeben waren. Als Ihre Majestäten nach der Umfahrt durch die festlich erleuchteten Straßen, wo Allerhöchstdieselben mit lauten Hurrahs von der auf den Straßen auf- und abwogenden Menge begrüßt wurden, in dem Palais anlangten, wurden sie von dem Grafen und der Gräfin Henckel an der Haupttreppe empfangen und in die Salons geleitet. Bei dem Eintritt der Allerhöchsten Herrschaften spielte die Kapelle des 2. Schlesischen Gren.-Reg. (Nr. 11) die Nationalhymne und das Preußenlied, worauf Ihre Maj. die Königin mit dem Grafen Henckel und Se. Maj. der König mit der Gemahlin desselben die Polonaise und damit den Ball eröffneten, welcher bis gegen halb 2 Uhr dauerte. Se. Maj. der König verließ das Fest schon um 11 Uhr, wogegen Ihre Maj. die Königin, der Kronprinz, die Prinzen Karl und Albrecht bis nach dem Souper anwesend blieben und erst gegen 12¾ Uhr sich zurückzogen. Geladen waren etwa 600 Personen, darunter die kommandirenden Generale des 5. und 6. Armeekorps, der Oberpräsident Frhr. v. Schleinitz, die gesammte Generalität, die Regimentskommandeure, viele Offiziere der Garnison und zahlreiche durch Geburt, Stellung oder Namen ausgezeichnete Bewohner der Stadt; namentlich war auch der hohe Adel der Provinz sehr zahlreich vertreten, welcher gegenwärtig in Breslau anwesend ist. Am heutigen Tage fanden größere und allgemeinere Festlichkeiten nicht statt. Die Parade wurde wegen des ungünstigen Wetters abbestellt, soll aber, wenn sich die Witterung ändert, morgen Vormittag stattfinden. Se. Maj. der König verließ das k. Schloß nicht, ertheilte aber mehrere Audienzen und empfing unter andern eine Deputation der Stadt Görlitz, geführt vom Oberbürgermeister Sattig; auch wurde heute dem Könige ein von den Gebrüdern Sommé kunstvoll in Silber ausgeführtes Modell des Kanonenboots „Schlesien“ überreicht. Ihre Maj. die Königin besuchte in Begleitung des Kronprinzen die Krankenanstalt Bethanien, die Klöster der Ursulinerinnen und Elisabethinerinnen, die Magdalenenkirche, die Elisabethkirche und die Kathedrale zu St. Johannes. In der Elisabethkirche wurde Ihre Majestät um halb 2 Uhr von dem gesammten Kirchenkollegium empfangen und durch eine Ansprache des Past. prim. Gierth begrüßt. Die Allerhöchsten Herrschaften nahmen am Altar Platz und hörten den Gesangsvorträgen der Breslauischen Singakademie (Choral von Joh. Eccard, Motette von Mendelssohn-Bartholdy und Ave verum von Mozart) zu. Nach Beendigung der Gesänge geruhten Ihre Maj. die Königin, sich den Direktor der Singakademie, Musikdirektor J. Schäffer, vorstellen zu lassen und sich auf das Huldvollste über den empfangenen Eindruck auszusprechen. In der Kathedrale zu St. Johannes wurde Ihre Majestät nach 12 Uhr durch den Fürstbischof Dr. Förster, den Weihbischof Wlodarski und das gesammte Domkapitel empfangen, während vom Chor ein Choral gesungen wurde. Die hohe Frau besichtigte ferner unter Führung des Rektors Professor Dr. Semisch die Universität und später auch das Seiler'sche Institut für Glasmalerei. Nachmittags fand im königlichen Schlosse ein großes Diner zu 150 Kuverts statt, zu welchem die hier weilenden Fürsten, Standesherren und Stände der Provinz geladen waren. Abends besuchten Ihre Majestäten das von den Ständen der Provinz arrangirte große Ballfest. (Schl. Z.)

Oestreich. Wien, 12. Nov. [Die Lage in Ungarn.] Die „Presse“ charakterisirt in einem eingehenden Artikel die ungarischen Verhältnisse. „In Ungarn, sagt sie, ist es ganz still geworden. Mit einem Schweigen, dessen Beredtsamkeit unleugbar ist, hat die ungarische Presse, die noch vor wenigen Tagen keine Frage für delikat genug ansah, um sich vor ihrer ungeschminkten Erörterung zu scheuen, den jähen Wechsel, welcher in der Administration des Landes eingetreten ist, begrüßt, und es bedarf nur eines flüchtigen Blicks auf die ungarischen Journale, aus denen uns nun Abhandlungen über Rußland, China, Amerika, und wenns hoch kommt, über deutsche Bundesreformprojekte entgegenstarren, um die Stimmung zu erkennen, welche sich nun über Ungarn gelagert hat. Darf man sich auch dessen freuen, daß sich der Administrationswechsel in Ruhe, ohne Konflikte, und daher ohne jede Gewaltthätigkeit vollzieht, so darf man sich indessen nicht der Illusion hingeben, als sei die eingetretene Stille der Beweis schon des ungeheuren Umschlags, den die öffentliche Meinung in Ungarn bereits durch die bloße Thatsache des 5. November erfahren hat. In dieser Ruhe, die nur von einem so gut disziplinirten Volke, wie die Ungarn sind, in solcher Vollkommenheit gewahrt zu werden vermag, drückt sich vorerst nur die außerordentliche Resignation aus, welche die bisher herrschenden Parteien vorläufig beobachten. Damit ist jedoch für den Zweck, im Hinblick, auf welchen allein die Freunde des Reichs und der Reichsverfassung die Ungarn gegenüber getroffenen Ausnahmsmaaßregeln als mit den Interessen der konstitutionellen Neugestaltung Oestreichs noch vereinbar gelten zu lassen vermögen, noch wenig erreicht. In Ungarn ist jetzt nicht eine aufständische Provinz zu bekämpfen, und nicht die Herstellung einer Todtenstille und Grabesruhe ist die Mission, welche die neuen Organe der Regierung nach Ofen mitgenommen haben, sondern außer der Ordnung einer durch die mannichfachsten Mißgriffe von den entgegengesetzten Seiten verwirrten Administration, ist die Entnüchterung der in politischer Leidenschaftlichkeit exagerirenden Parteien und darauf die Erneuerung des Versuchs, auf konstitutionellem Wege mit Ungarn zu einer Verständigung über die Gemeinsamkeit der Verfassung zu gelangen, das vorgesteckte Ziel, dessen Erreichung wir sehnsuchtsvoll erwarten. Dazu kann eine bloße Resignation, hinter welcher der Gedanke sich birgt, nur den geeigneten Moment zu einer offen feindseligen Haltung zu erlauern, nicht genügen, sondern es bedarf einer beruhigten, leidenschaftslosen, versönlichen Stimmung, und diese zu erzeugen, ist die nächste Aufgabe unserer Politik. Das ist jedoch eine Aufgabe, die nicht über Nacht gelöst wird; die Zauberkraft, welche hierzu gehörte, trauen und muthen wir Niemand zu, und wenn selbst ein Deak sich heute auf den Markt zu Pesth stellen könnte und wollte, und die Nation zur Umkehr, zur gläubigen Unterwerfung unter die Reichsverfassung auffordern wollte, so würde es ihm schwerlich gelingen. Hierzu bedarf es eines sich nicht jählings, sondern nur allmälig vollziehenden Umstimmungsprozesses, welcher die öffentliche Meinung ergreift. Wir für unseren Theil verzweifeln nicht, daß, wenn Klugheit die Zügel führt, sich nun in Ungarn nicht bloß eine durch künstliche Mittel gewonnene, sondern eine aus innerer Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Transaktion geleitete Partei entwickeln wird, stark genug, um im künftigen ungarischen Landtage dieser Ueberzeugung zum Siege zu verhelfen.“

— [Aus dem Abgeordnetenhause.] In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ergriff der Staatsminister von Schmerling das Wort zur Beantwortung einer im September seitens des Dr. Zyblikiewicz und Genossen an das Staatsministerium gerichteten Interpellation hinsichtlich des von dem Lemberger Statthaltereipräsidium ergangenen Erlasses in Betreff der für die Gefallenen zu Wilna in Lemberg und Krakau veranstalteten Demonstra-

tionen und der über die Kaufleute, welche sich an der Demonstration durch Schließung der Läden betheiligten, verhängten Geldstrafen. Der Staatsminister theilte mit, daß ihm der berührte Erlaß ursprünglich nicht bekannt gewesen sei, da das Statthaltereipräsidium sich nur in den Grenzen seines Wirkungskreises bewegt habe. Auf die Frage, welche Vorkehrungen das Staatsministerium zu treffen gedenke, um die Bürger vor ähnlichen Uebergriffen der Landesbehörden zu schützen, erwiderte der Staatsminister, daß die Statthalterei mit jenem Erlasse keinen Uebergriff begangen habe, indem sie bloß die Warnung erließ, sich an Demonstrationen zu betheiligen, und im vorliegenden Falle auch die Schließung von Kaufläden als eine Betheiligung an dergleichen Demonstrationen bezeichnete, und für den Fall, als die Warnung nicht beachtet würde, die Betreffenden mit den bereits bestehenden Strafverordnungen bedrohte. Auf die Frage, was das Ministerium zu thun gedenke, um zu verhindern, daß die Strafurtheile in Vollzug gesetzt würden, gab der Minister die Auskunft, daß den Verurtheilten gegen die Erkenntnisse der Polizeibehörden der Rekurs offen gestanden und auch von denselben ergriffen worden sei. Dem Staatsministerium könne es nicht gestattet sein, in den Vollzug richterlicher Entscheidungen einzugreifen und dieselben außer Wirksamkeit zu setzen. Hierauf beantwortete Minister Lasser im Namen des Justizministeriums die Anfangs Oktober an dasselbe gerichtete Interpellation wegen Ausschließung der Oeffentlichkeit von der gegen den Redakteur des „Przegląd Powszechny“ durchgeführten Schlußverhandlung. Der Minister beantwortete die Frage, was das Ministerium vorzukehren gedenke, damit der Grundsatz der Oeffentlichkeit bei Schlußverhandlungen gewahrt werde, folgendermaßen: Das Justizministerium sei in eine Prüfung der von dem Redakteur Sigmund Kaczkowski erhobenen Beschwerde eingegangen, und habe erkannt, daß das Landesgericht zu Lemberg vollkommen auf Grund der Strafprozeßordnung vorgegangen sei, weshalb das Justizministerium nicht einschreiten könne. Inzwischen habe der Strafprozeß mit der Verurtheilung des genannten Redakteurs wegen versuchten Hochverraths und des Vergehens der Aufwiegelung zu fünf Jahren schweren Kerkers seinen Abschluß gefunden. Das Justizministerium dürfe sich nicht beikommen lassen, auf die gerichtlichen Beschlüsse einzuwirken. Bloß dann, wenn es eine Verzögerung in der Ausübung der Justiz oder Gesetzwidrigkeiten bemerke, sei es seine Pflicht, Abhülfe zu schaffen. Im vorliegenden Falle nun habe das Ministerium eine Gesetzwidrigkeit nicht zu erblicken vermocht und müsse vielmehr anerkennen, daß ein anderer Vorgang widergesetzlich und nicht zu rechtfertigen gewesen wäre. Es habe sich nämlich um das Verbrechen der Veröffentlichung eines hochverrätherischen, auf gewaltsame Losreißung Galiziens vom Gesammtverbande des Kaiserstaates gerichteten Aufrufes gehandelt. Durch die Zulassung der Oeffentlichkeit wäre aber zum Schaden der öffentlichen Sicherheit diesem Aufruf eine Verlautbarung von Amtswegen zugekommen. Das Landesgericht zu Lemberg sei ganz gemäß den Bestimmungen des §. 224 der Strafprozeßordnung vorgegangen, und das Ministerium sehe sich daher nicht veranlaßt, demselben irgend eine Belehrung oder Zurechtweisung zukommen zu lassen.

— [Entlassung von Obergespanen.] Der Kaiser hat, nach amtlicher Mittheilung der „W. Z.“, mittelst Entschließung vom 10. d. den Erbobergespan des Zipser Komitates, Grafen August Csaky, und den Obergespan des Zempliner Komitates, Grafen Emanuel Andrassy, auf ihr Ansuchen, und zwar den Ersteren von der Stelle, den Letzteren hingegen, sowie den Obergespan des Ungher Komitates, Grafen Johann Waldstein, von der Leitung des Komitates enthoben und zu Administratoren für das Zipser Komitat den Assessor der Distriktual-Gerichtstafel zu Eperies, Frhrn. v. Barkeczy, und für das Zempliner Komitat den Assessor der Distriktual-Gerichtstafel zu Eperies, v. Lehoczky, ernannt, ferner die Obergespane des Somogyer, Baranyaer und Barser Komitates, Ladislaus v. Jankovich, Martin v. Scitovszky und Kasimir v. Tarnoczy, und zwar die beiden Ersteren auf ihr Ansuchen von dieser Würde enthoben und gleichzeitig den königl. Rath v. Merey zum Obergespan des Somogyer Komitats ernannt.

Wien, 13. Novbr. [Petition der Ruthenen.] Die Ruthenen sind bekanntlich erst seit 1848 auf die politische Bühne getreten; Graf Stadion stellte sich damals an die Spitze der Bauern aus Ost-Galizien, und gebot im Reichstag über eine Schaar naturwüchsiger Volksvertreter. Heute befindet sich Bischof Litwinovics als Führer ver ruthenischen Reichsräthe im Abgeordnetenhause, und sie sind die heftigsten und ergrimmten Gegner der Polen und ihrer Bestrebungen. Man kann im Vorhinein darauf wetten, daß bei Abstimmungen die Polen aufstehen, wenn die Ruthenen sitzen bleiben, und umgekehrt. Die Ruthenen erklärten sich unbedingt für das Februarpatent, und unterstützen das Ministerium in jeder bedeutenden Frage; sie votiren mit den Deutschen auf der äußersten Linken. Die offenen Wünsche dieses Volksstammes gehen aber dahin, von den Polen ganz getrennt zu werden, und ein selbständiges Land unter einem eigenen Statthalter zu bilden; sie wollen ein Galizien für die Polen mit der Hauptstadt Krakau, und ein Lodomerien für die Ruthenen mit der Hauptstadt Lemberg. Dieses Begehren fand in einer Petition seinen Ausdruck, welche eine besondere Deputation vor wenigen Tagen an den Kaiser richtete. Sie klagen zuerst darin, daß durch die Wahlordnung zum galizischen Landtag die Ruthenen nicht gehörig vertreten sind; der Kleingrundbesitz ist im Nachtheil durch den Großgrundbesitz, der sich ganz polonisirte. Das ruthenische Volk blieb daher auf dem Landtag in Lemberg in Minorität, und schon dort entstanden durch dieses Verhältniß nationale und konfessionelle Reibungen, ja es erklärt seine Nationalität geradezu gefährdet, und den Grundsatz der Gleichberechtigung unausführbar, wenn nicht eine Aenderung eintritt. Die Ruthenen verlangen deshalb, daß der galizische Landtag in zwei von einander unabhängige Nationalkurien getheilt werde, von denen jede ihre nationalen Angelegenheiten für sich allein besorge. Die Ruthenen erbitten die Gewährung eines Nationalkongresses, wie ihn die Serben abhalten. Endlich, um der polnischen Agitation und Bedrückung zu entgehen, soll West-Galizien für eine polnische, und Ost-Galizien für eine ruthenische Provinz deklarirt werden, und jede einen eigenen Landtag erhalten. Religion, Sitten, Gebräuche, Schrift, Sprache, Kultur und politische Grundsätze würden, nach der Meinung der Petenten, eine solche Theilung und Scheidung vollkommen rechtfertigen, und dem Prinzipe der Nationalitäten entsprechen, die Ruthenen würden dem Kaiserstaate nur um so treuer anhängen. Die Petition erregt Aufsehen, nicht nur wegen des offenen Begehrens um Trennung von den Polen, sondern wegen der ironischen Seitenhiebe und unverblümten Anklagen, welche den Polen zu Theil werden. Bei manchen Gelegenheiten wurden die Ruthenen von den polnischen Rednern als Bruderstamm begrüßt, allein nach diesem Dokumente haben Kain und Abel beinahe brüderlicher miteinander gelebt. Der Regierung ist hiermit eine scharfe Waffe gegen die polnischen Deputirten in die Hände gegeben, und es steht dahin, ob von dieser Seite der Petition der Ruthenen nicht sorgfältigere Beachtung zu Theil wird. (N. Z.)

Baden. Karlsruhe, 12. Nov. [Der erste jüdische Landtagsabgeordnete Badens] ist gestern in Person des Obergerichtsadvokaten Kusel in Bruchsal aus der hiesigen Wahlurne hervorgegangen. Karlsruhe macht damit den ersten thatsächlichen Gebrauch von einem Rechte, welches bereits seit 1849 in Baden besteht. Herr Kusel ist als einer der tüchtigsten Advokaten des Landes bekannt und sein Eintritt in die Kammer Angesichts der wichtigen Gesetzvorlagen, die dem nächsten Landtag bevorstehen, ein höchst willkommenes Begebniß. Sein politisches Programm harmonirt bezüglich der allgemein deutschen Fragen völlig mit den Forderungen, welche, man kann wohl sagen, die gemeinsamen des intelligenten und patriotischen Theils der ganzen Nation geworden sind. Bezüglich der inneren Landesangelegenheiten wird unser freisinniges Ministerium eine kräftige und überzeugungstreue Stütze in ihn haben. (A. P. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 12. Nov. [Die mexikanische Expedition.] Man beginnt plötzlich die vereinigte mexikanische Expedition, die Anfangs von der City als ein sehr erfreuliches Exekutionsmittel gegen das Zahlung weigernde Mexiko betrachtet wurde, mit mißtrauischen Blicken zu betrachten. Seit längerer Zeit wird von einem geheimen Vertrage zwischen Frankreich und Spanien gemunkelt, und selbst der im blindesten Glauben an die Redlichkeit unseres großen Verbündeten Napoleon und die Weisheit unseres scharfsinnigen Foreignministers Russell befangene Cockney gewinnt die Ueberzeugung, daß wir hinters Licht geführt sind oder dahinter geführt werden sollen. Am meisten nimmt der Argwohn an zwei Punkten der Konvention Anstoß: einmal hat jeder der drei Staaten aller Einmischung in die künftig von den Mexikanern zu wählende Regierungsform entsagt, nur Spanien hat seinen Wunsch, daß diese Form die konstitutionell monarchische sein möge, für so dringend gehalten, daß er in den Vertrag aufgenommen werden mußte. Zweitens soll unsere Flotte an den Küsten operiren, während der redliche Bundesgenosse im Lande Ordnung machen, die Schuldrückstände und Straf- und Entschädigungsgelder betreiben und Proben seiner Entsagung ablegen wird. Es will hier Niemandem recht zu Kopf, daß Earl Russells Weisheit sich gerade in dieser Konvention sonderlich bewährt habe. Die „Times“ natürlich ist voll Lobens; für sie kommt hierbei nur ein Interesse in Betracht, das der Bondinhaber. Kommen diese zu ihren Zinsen, so mögen Frankreich und Spanien einstweilen treiben, was sie wollen, die Regierung kann, wenn es zu spät ist, immer noch dafür, daß sie sich dupiren ließ, verantwortlich gemacht werden. (BHZ.)

— [Tagesnachrichten.] Das nach Mexiko bestimmte Geschwader, bestehend aus den Schiffen „Sanspareil“, „Donegal“ und „Conqueror“, sticht erst heute in See. Es hat 734 Soldaten (Infanterie und Artillerie) an Bord. — Am Sonntag ward zu Dublin die aus Amerika herüber gebrachte Asche des aus dem Jahre 1848 bekannten irischen Agitators und Aufrührers Terence Bellew M'Manus, des Genossen von Smith O'Brien, John Martin, Mitchel und Meagher, zur Erde bestattet. Seine Gesinnungsgenossen benutzten die Gelegenheit zu einer großen Demonstration. Nicht weniger als 10—12,000 Menschen folgten dem Sarge. Bringt man die bloße Menschenzahl in Anschlag, so war das Leichenbegängniß sogar noch imposanter, als das O'Connells. Die „Times“ bringt aus Anlaß dieser Todtenfeier einen Leitartikel, in welchem sie die anti-englischen Agitatoren bitter verspottet. — Der Herzog von Oporto und der Herzog von Beja statteten dieser Tage der Königin einen Besuch ab. Gegenwärtig sind die beiden portugiesischen Prinzen auf der Rückkehr nach Lissabon begriffen. — Es sind seit einiger Zeit so häufig Offiziere und Unteroffiziere von gemeinen Soldaten ermordet worden, daß in der Presse vielfach darauf gedrungen wird, die Verbrecher, statt daß man sie, wie gegenwärtig geschieht, den Zivilgerichten überweist, standrechtlich zu behandeln. Auch die „Times“ spricht sich in diesem Sinne aus, räth aber noch zu einem anderen Abhülfemittel, nämlich dazu, die Vollführung des Verbrechens dadurch zu erschweren, daß man dem Soldaten, wenn er außer Dienst ist, nicht gestattet, das Mordwerkzeug bei sich zu führen. Alle während dieses Jahres durch Soldaten an ihren Vorgesetzten verübten Mordthaten wurden durch Erschießen begangen.

— [Ein casus belli gegen Nordamerika.] Der „Herald“ schreibt: „Allem Anscheine nach ist über die Bemannung des konföderirten Kaperschiffes „Savannah“ das Todesurtheil gefällt worden; und unter derselben sind vier nichtnaturalisirte britische Unterthanen: Patrick Daly aus Belfast in Irland, Martin Galvin aus Irland, Richard Palmer aus Edinburgh, John Murphy aus Irland, und ein naturalisirter britischer Unterthan, Alexander C. Coid aus Schottland. Da England durch die Neutralitätsproklamation, ferner durch die Depeschen von Lord Lyons an die Washingtoner Regierung und durch die Schritte des Admirals Milne die Kriegführungsrechte der konföderirten Staaten anerkannt hat, so würde die Hinrichtung jener Matrosen einen Kriegsakt gegen England bilden. Selbst ihre gerichtliche Verfolgung, gleichviel ob man sie freispricht oder verurtheilt oder begnadigt, ist eine Beleidigung Englands, welche, wenn eine ausreichende und unverzügliche Genugthuung ausbleibt, vom juristischen Gesichtspunkt beinahe eine Kriegserklärung rechtfertigen würde. Der „Herald“ schildert darauf die harte Behandlung, die jenen gefangenen Engländern seit fünf Monaten zu Theil geworden sei, und wie man sie gleich gemeinen Verbrechern mit schweren Ketten beladen dem Publikum im Admiralitätsgericht vorgestellt habe. Man wird, bemerkt er darauf, vielleicht sagen, daß nach der britischen Neutralitätsproklamation kein britischer Unterthan etwas an Bord konföderirter Kaperschiffe zu thun hatte. Aber wissen wir, ob die britischen Seeleute an Bord der „Savannah“ je etwas von der Proklamation gehört haben? Es dürfte sich sogar fragen, ob man sie nicht gepreßt hat, ob ihnen als Ausländern nicht die Wahl zwischen dem Hungertuch und der Anwerbung blieb. Ehe wir über diese Punkte aufgeklärt sind, dürfen wir nicht über sie aburtheilen; und da das Verfahren der föderalistischen Regierung gegen sie durch kein Gesetz zu rechtfertigen ist, müssen die Seeleute, deren Leben in Gefahr schwebt, gerettet werden. Die Ertragung nationaler Unbilden hat ihre Grenzen, und für keine Klasse wird die Sympathie des britischen Publikums wärmer sein, als für die unserer Seeleute. Vier britische Matrosen, die wiedergesetzlich in einem amerikanischen Gefängniß schmachten, von ihrem Vaterlande im Stich gelassen zu sehen, dies wäre ein Schauspiel, das in unserer Nationalgeschichte nicht seines Gleichen hat.

Frankreich.

☐ Paris, 12. Nov. [Die Ernennung Foulds zum Finanzminister; wichtige Reformen; das Ratazzi-Bankett; vom Hofe.] Der heutige Tag ist von der entschiedensten Bedeutung für die innere Politik Frankreichs. Der Kaiser ist soeben hier eingetroffen, um einem Ministerrath zu präsidiren, in welchem die Umänderung des Ministeriums und einige Veränderungen der Konstitution berathen werden sollen. Zunächst handelt es sich um den Eintritt Foulds in das Kabinett, ein Eintritt, der, wie Sie bereits aus mehrfachen Briefen von mir erfahren haben werden, seit geraumer Zeit feststeht. Ich glaube, Ihnen mittheilen zu können, daß demselben keine Schwierigkeit mehr im Wege steht, da einmal Persigny, ein ehemaliger Gegner Foulds, sich mit ihm ausgesöhnt hat, und man überdies auch in Compiègne über einzelne Reformen, welche Fould verlangte, sich verständigt hat. Ob, wie man vor einigen Tagen behauptete, auch das Staasministerium überhaupt mit dem Finanzministerium vereinigt werden wird, ist noch nicht entschieden, und hat dieser Plan bis jetzt auch wenig Wahrscheinlichkeit für sich. Die Uebernahme des Präsidiums im Ministerrathe dürfte durch die bis dahin hinausgeschobene Veröffentlichung des Manifestes eingeleitet werden, in welchem außer einigen Versicherungen der Friedensliebe des Kaisers, die Unabhängigkeit und Verantwortlichkeit der Minister ausgesprochen werden soll. Sie sehen, es ist ein großer Streich, den man zu führen beabsichtigt, und von dem man sich sowohl in den offiziellen, wie in den höchsten Finanzkreisen, die in das Geheimniß eingeweiht sind, Wunderdinge verspricht. Denn Fould würde das durch die Verantwortlichkeit der Minister neubelebte Vertrauen benutzen, um das augenblickliche Defizit zu konsolidiren, eine neue Anleihe von 500 Millionen in Bons auf den Schatz aufzunehmen, und die 4½ prozentige Rente in ein 3prozentiges Papier zu verwandeln; lauter Maaßregeln, die den Geschäftsgang wesentlich beleben und der napoleonischen Regierung eine neue Kraft geben würden. Es versteht sich von selbst, daß ich nicht für jede der angegebenen Veränderungen garantiren kann, doch aber die hauptsächlichsten. (Vergl. das Telegr. in der gestr. Ztg.) Eine neue Thätigkeit macht sich auch fernerhin in dem Ministerium des Innern geltend, wo man eifrig mit Aufstellung der neuen Wahllisten beschäftigt ist. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob die Auflösung des gesetzgebenden Körpers zu den Plänen Foulds gehört; da indessen das Jahr 1862 nach dem Wortlaut der Verfassung ohnehin die neuen Wahlen bringt, so ist dies von geringerer Bedeutung. Dagegen aber wird eine Gesetzvorlage im Ministerium vorbereitet, welche als ein vortreffliches Wahlmanöver angesehen, und unzweifelhaft die Majorität der Regierung sichern würde. Es handelt sich nämlich darum, die Steuer auf Getränke (Wein, Bier, Liqueur), welche den Handel sehr belästigt, herabzusetzen, wenn nicht ganz aufzuheben. Die große Masse würde sich natürlich sehr gut dabei befinden.

Einige der offiziösen Blätter sind nicht befriedigt durch die am Sonnabend gelegentlich des Ratazzi-Banketts gehaltenen Reden. Sie finden, daß der Persönlichkeit des Kaisers nicht genug Erwähnung geschehen, und die „Patrie“ erinnert bei dieser Gelegenheit ihre Kollegen vom „Siècle“, „Opinion Nationale“ und „Presse“ daran, daß es allein die Initiative Napoleons III. gewesen, welche die italienische Unabhängigkeit begründet. Allerdings hat man dies Bankett zu einer Manifestation gegen den Kaiser benutzt, da sich das Komité dahin entschieden hatte, keinen Toast auf denselben ausbringen zu lassen, um nicht bei der großen Mehrzahl der Anwesenden Anstoß zu erregen. Auf Ratazzi's ausdrückliche Erklärung, daß er nicht umhin könne, einen Trinkspruch auf Victor Emanuel mit einem Toast auf Napoleon III. zu erwidern, hatte man sich entschlossen, nur indirekt des Königs von Italien Erwähnung zu thun, eine schwierige Aufgabe, die indessen Guéroult mit vieler Geschicklichkeit löste. Nach ihm folgte Peyrat mit einem Toast auf Garibaldi, Havin auf Ratazzi. Ratazzi antwortete. Die einzelnen Details des Festes übergehe ich; man hatte dasselbe hauptsächlich als eine antirömische Manifestation accentuiren wollen, und dies ist auch vollständig gelungen; allein da man weiß, daß Napoleon III. allein dem Königreich Italien den Besitz seiner Hauptstadt vorenthält, so hatte es zugleich den Anstrich, als ob man auch eine Manifestation gegen den Kaiser beabsichtigt hatte, ein Projekt, welches den Herren Havin und Guéroult vollständig fern lag, die bekanntlich mit der Politik des Kaisers im Innern vollständig zufrieden sind, dagegen aber sich von Zeit zu Zeit erlauben, einer abweichenden Meinung zu sein, soweit es sich um einzelne Fragen der auswärtigen Politik handelt. Ratazzi selbst hat uns gestern verlassen, begleitet von den Segenswünschen der offiziösen Presse, welche entschieden in ihm den Mann der Zukunft sieht, der Mann, welcher allein es versteht, Italien Ruhe und Frieden wiederzugeben, indem er die Nation von dem stürmischen Verlangen auf Rom und Venedig abzubringen bemüht sei. Diese Worte, welche ich dem gestrigen Artikel des „Pays“ entnehme, beweisen, daß man seine Ernennung zum Minister als vollständig gesichert hier ansieht. Allein wer kann sich verbergen, daß ein Ministerium Ratazzi in eben so kurzer Zeit verbraucht sein würde, als es mit dem Ministerium Ricasoli der Fall gewesen? Uebrigens erwartet man hier, daß die französische Regierung dem neu zu bildenden Turiner Kabinet durch die Entfernung Franz' II. aus Rom einen wesentlichen Dienst leisten werde, und ich glaube annehmen zu können, daß Ratazzi dies Versprechen von hier mit fortgenommen hat. Es bleibe dahingestellt, ob der Marquis v. Lavalette auf seinem Posten dies von dem Papst wird erreichen können, ohne die so viel besprochene Unabhängigkeit desselben in Frage zu stellen. Man meldet mir heute aus Turin, daß von Neuem der Plan vorläge, Garibaldi zum Statthalter von Neapel zu ernennen. Man scheint zu befürchten, daß die augenblick-

liche Einschüchterung der Insurgenten nur von geringer Dauer sein werde, was indessen nicht glaublich erscheint, wenn Franz II. wirklich Rom verläßt. — Die Erkrankung der Gräfin von Montijo, Mutter der Kaiserin, wirkt störend auf die Hoffestlichkeiten ein, und man fürchtet, daß in Folge derselben die Feier des 15. November, des Namenstages der Kaiserin, abgesagt werden dürfte. Unter den für diesen Tag bestimmten Festlichkeiten nahm die Gratulation der Waisenhauskinder (die Kaiserin steht bekanntlich an der Spitze dieser Stiftung) die erste Stelle ein. Deputationen dieser Kinder sollten ihr Blumen überreichen. Sonstige Hoffestlichkeiten dürften in Folge des Todes des Königs von Portugal wohl ohnehin unterbleiben.

Paris, 12. Nov. [Tagesbericht.] Der Kaiser ist heute Nachmittags hieher gekommen, um dem Ministerrathe zu präsidiren, welchem außer den Ministern mit und ohne Portefeuille auch die Großwürdenträger und die Mitglieder des geheimen Rathes anwohnten. Der Kaiser eröffnete die Sitzung um $12\frac{1}{2}$ Uhr. Fould fand sich um $1\frac{1}{2}$ Uhr ein. Um 3 Uhr war der Ministerrath zu Ende, und um $4\frac{1}{2}$ Uhr kehrte der Kaiser nach Compiègne zurück. Ueber das, was in demselben vorging, vernimmt man, daß über die finanziellen Projekte verhandelt wurde. (S. Tel. in der gestr. Ztg.) Außerdem wurde die römische Frage zur Sprache gebracht, die einer Lösung nahe sein oder für die man vielmehr ein Projekt in Bereitschaft haben soll. — Die Zahl der Kriegsschiffe, die Spanien, Frankreich und England nach Mexiko senden, beträgt im Ganzen 60. — Von 74 Vincenzvereinen meldet das „Pays“, die in Paris sind, haben 68 die Ermächtigung nachgesucht und erhalten. — Der Centralrath der französischen Vincenz-Vereine ist nun von Persigny aufgelöst worden. — Gräfin Montijo, Mutter der Kaiserin, ist ernstlich erkrankt. — Das (bereits telegraphisch mitgetheilte) Erkenntniß, welches vom Marseiller Handelsgericht gestern Abends in Sachen der neapolitanischen Fregatten gefällt wurde, ist folgendermaaßen motivirt: „In Erwägung, daß Franz II. noch auf seinem Gebiete sich befand, für die Wahrung seiner Rechte kämpfend und von seinen Ministern, so wie von den Gesandten der meisten Mächte umgeben; in Erwägung, daß die französische Regierung, obgleich in Gaëta nicht vertreten, ihn doch als König behandelte und keine andere Souverainetät anerkannte, giebt der Gerichtshof die Größe der Gefahr, welche außerordentliche Mittel erforderte, die Ordnungsmäßigkeit der Ministerberathung und die Reellität der Lieferungen der Käufer zu, weist den Konsul Italiens ab und verwirft die Bürgschaftsforderung.“ — Als Prinz Napoleon die viel besprochene Rede im Senat hielt, beschlossen die Patrioten Roms, sogleich eine Subskription zu eröffnen, um dem Prinzen einen Beweis ihrer Dankbarkeit zu geben. Von dem Ertrag dieser Subskription ist ein Gemälde des römischen Künstlers Casimiro Derossi, den Engel der Auferstehung darstellend, gekauft und durch den Prinzen Karl Napoleon, den Sohn des Fürsten Canino, dem Prinzen nach seiner Rückkehr aus Amerika übergeben worden. Die „Nazione“ veröffentlicht nun ein Dankschreiben des Prinzen. — Die siamesischen Gesandten haben sich den 26. Okt. in Suez auf dem Transportdampfer „Européen“ nach Bangkok eingeschifft. Vor der Abreise wurde ihnen von den Offizieren des „Européen“ ein prächtiges Essen gegeben. Das Schiff wird einige Tage in Saigun anlegen, da die siamesischen Gesandten diese neue französische Kolonie zu besichtigen wünschen. An Bord des „Européen“ befinden sich außerdem 400 Mann Marine-Infanterie, die für Kochinchina bestimmt sind. — Die „Presse“ bringt heute, gelegentlich der Schlägerei, die am 15. Aug. zwischen Artilleristen und Carabiniers in Versailles stattfand, einen längern Artikel, in dem sie sehr energisch darauf dringt, daß den Soldaten das Tragen von Waffen außer dem Dienste ganz untersagt werde. Schließlich spricht sich der Artikel noch entschieden gegen den bestehenden Gebrauch aus, daß bei Schlägereien zwischen Soldaten und Bürgern die Soldaten immer nur vor ein Kriegsgericht gestellt würden. Das Publikum werde dadurch nur beunruhigt und argwöhnisch gemacht. Es sei hohe Zeit, allen Ausnahmen des militärischen Regimes ein Ende zu machen und das Prinzip zur Geltung zu bringen, daß Jeder vor dem Gesetze gleich ist. — Die Polen sind entrüstet, daß bei dem Hrn. Ratazzi gegebenen Bankett ihrer auch nicht mit einer Silbe gedacht worden ist, und die Journale so ohne Neid das von den polnischen Flüchtlingen dem Eigenthümer der „Patrie“, Herrn Delamarre, angebotene Diner betrachtet und völlig mit Stillschweigen übergangen haben. Diese Ehre war dem „frei ergebenen“ Journalisten widerfahren für „die bisher der polnischen Sache geleisteten Dienste“, welche darin bestanden, daß die „Patrie“, als sie noch das offiziöse Blatt spielte, einige Male heftig gegen Rußland perorirte und dadurch die Polen zu dem Glauben verleitete, die französische Regierung sei ihren Plänen günstig und halte den Weg der Demonstrationen für geeignet zur Erreichung der Unabhängigkeit. Seitdem hat sich Vieles geändert. Niemand schmeichelt mehr den Hoffnungen der Polen, seitdem die Ansprache des Kaisers an die Deputation der Polen bekannt geworden ist. Ob die Aussicht auf ein Diner einen Umschwung in den Meinungen der Redaktionen hervorrufen wird, muß man abwarten. — Nach dem „Journal du Havre“ sind in vergangener Woche ungeheure Quantitäten Getreide und Mehl in Havre angekommen. Die von Newyork eingelaufenen 28 Schiffe hatten allein 400,000 Säcke Korn, 60,000 Fässer Mehl, 2700 Säcke Mais und 500 Säcke Roggen an Bord. Außerdem werden noch bedeutende Sendungen von Newyork und anderen nordamerikanischen Häfen erwartet.

Niederlande.

Haag, 12. Nov. [Das Ministerium.] Die unerwartet zum Ausbruch gekommene Ministerkrise hat den Ausgang gehabt, daß der König die Entlassung des Ministers des Auswärtigen, van Zuylen, angenommen hat; die übrigen Minister werden bleiben. Es scheint, daß Herr van Zuylen für den Augenblick nicht ersetzt werden soll; einer seiner bisherigen Kollegen wird bis nach der Diskussion des Budgets das Portefeuille des Auswärtigen provisorisch übernehmen. Das Kabinet hofft so der Opposition, welche sich vorzugsweise gegen den entlassenen Minister wendete, die Spitze abzubrechen.

Italien.

Turin, 11. Nov. [Tagesnotizen.] Die neue am 10. d. in Ancona eröffnete Eisenbahn stellt die Verbindung zwischen diesem Platze und Turin her. Ancona reicht also den Eisenarm dem oberen Po. Der König war am 9. d. von hier abgefahren, hatte in Bologna übernachtet und sich von dort um $6\frac{1}{4}$ Uhr Morgens in Bewegung gesetzt, um $11\frac{3}{4}$ Uhr Rimini erreicht und sich dann nach Ancona bewegt, wo Abends eine glänzende Soirée und ein dem Könige von der Stadt gegebener Ball stattfand. In Kurzem wird man direkt von Susa nach Ancona fahren; Susa liegt 600 Kilometer von Ancona. Die Eröffnung der Bahn von Mailand nach Piacenza wurde bereits gemeldet. — In Asti fand ein Arbeiter-Kongreß statt, der über die Berathungen des florentinischen Arbeitervereins-Tages sein Mißfallen ausgesprochen hat. — „Temps“ will wissen, Franz II. werde nun doch nach Venedig übersiedeln, und es sei vorzüglich dem französischen Andringen zu danken, daß er diesen Entschluß gefaßt habe. — In Neapel wurde auf der Toledostraße eine Anzahl bourbonistischer Zeitungsblätter verbrannt. — Der „Osservatore Romano“ zählt die von piemontesischen Truppen im Monat Oktober begangenen Gebietsverletzungen auf; neunmal haben piemontesische Soldaten, in der Regel um Deserteure zu verfolgen, das römische Gebiet betreten, wobei sie zu wiederholten Malen von päpstlichen Truppen, nicht ohne daß gegenseitig Schüsse gewechselt worden wären, zurückgewiesen wurden.

— [Das Ministerium.] Man schreibt der „Corr. Havas-Bullier“, daß die Anhänger Minghetti's, um den Eintritt Ratazzi's in das Ministerium zu verhindern, das jetzige Kabinet zu unterstützen anfangen. Sie sagen, Ratazzi werde dem Lande von Frankreich aufgezwungen und seine Ernennung wäre ein Akt des Vasallenthums. Der „Lombardo“, Organ des Grafen Borromeo, hat bereits in diesem Sinne einen äußerst heftigen Leitartikel gegen Ratazzi und Frankreich losgelassen, und es nähern sich die Freunde Minghetti's den Herren Depretis und Guerazzi. Dennoch glaubt der Korrespondent, daß Ratazzi Aussichten habe, Minister des Innern zu werden, wo man eines geschickten Administrators sehr bedarf.

— [Der Aufstand in Neapel.] Nach einer Turiner Depesche vom 11. Novbr. Abends wird die Provinz Avellino noch durch Briganti beunruhigt. Ein piemontesisches Blatt, der „Standardo“ weist nach, daß die Bourbonisten, welche Meister des flachen Landes sind, wo sie sich leicht verpflegen und frei bewegen können, in großem Vortheil gegen die Piemontesen sind, welche nur die Städte in ihrer Gewalt haben. „So lange die Dörfer von den Briganti besetzt sind oder durchstreift werden, können sich die Konskribirten immer der Rekrutirung entziehen, und die Landleute und Grundbesitzer werden nie in der Lage sein, die Steuern zu zahlen. Und so kommt es, daß das Neapolitanische, anstatt der Regierung Soldaten und Geld zu liefern, fortwährend Geld und Soldaten verschlingt. Auch sieht man täglich Soldaten in Genua einschiffen, und aus Neapel kommen nur Anweisungen auf ungeheure Summen an die Staatskassen.“ — Die in dem Portefeuille des Carlisten Borjes gefundenen Briefe, welche jetzt die „Opinione“ der Oeffentlichkeit übergiebt, beweisen auf das Schlagendste die Mitwirkung der Ultramontanen in Frankreich und der legitimistisch-klerikalen Partei in Rom mit den Bourbonisten beider Sicilien. Ein Fürst ersucht Borjes, er solle dem Cialdini Stockprügel geben, und setzt hinzu: „Kein Erbarmen gegen die Nationalgarde! Das ist ekelhafte Kanaille.“ Eine legitimistische Dame schreibt Borjes: „Ich sehe, der Tag der Rache naht, derselbe muß furchtbar werden, und dann soll den Galgenstricken und dem Hochverrathe kein Pardon mehr gegeben werden.“

Rom, 5. Nov. [Chiavone.] Die bereits telegraphisch erwähnte Korrespondenz des „Dr. J.“ über die Auflösung der Bande Chiavone's lautet: „Nachdem ich seit dem Falle von Gaëta von hier aus verschiedene Reisen unternommen, entschloß ich mich am 20. Okt. zu dem, namentlich in deutschen Zeitungen und auch hier in Rom vielgerühmten Chiavone zu gehen, in der Hoffnung, daß er im neapolitanischen am äußersten rechten Flügel der reaktionären Bewegungen vorgehen würde, dadurch die kleinen Garnisonen der Piemontesen in den Abruzzen einschüchtern und den Banden eines Pinione, Cona u. s. w. behülflich sein könnte. Was fand ich aber anstatt der von verschiedenen Seiten versprochenen 800, 1000, sogar 2400 Mann? 360 Mann, von denen 250 mit den verschiedensten Gewehren bewaffnet, die ein ausgezeichneter Militär, La Rivière, der im Krimmfeldzuge als Major bei der französischen Armee gedient, im Begriff stand zu organisiren, und von denen ein großer Theil nicht hinlänglich bekleidet war, um alle Blößen zu decken. Und diese Truppe, von der man anfing in Europa zu sprechen, was hat sie geleistet? Sie war auf Monte St. Angelo dicht bei Sora, ist zurückgeworfen worden auf den höhern Monte Madonna della Rosa, dann auf Monte Favone, dann auf Pozzo d'Arctica, der zum Theil neapolitanisch, zum Theil römisch ist, hat nie ein Dorf genommen oder behauptet, wo Feinde waren oder hätten sein können, war aber Monate lang in der schönen Jahreszeit ohne jede Unterstützung, und am 2. Nov. hat der Haufen sich aufgelöst nach einem Regen von achttägiger Dauer, der so stark wurde, daß kein Feuer mehr brannte. Die Leute flohen sodann auf päpstliches Gebiet in die Ebene. Alle sagten: „Lassen Sie uns erschießen, wir wollen lieber sterben, als hier bleiben und nicht vorwärts gehen.“ Der Grund aber, warum dieses Vorgehen sehr erschwert wurde, war der, daß man nach Befehl des Königs dem Chiavone, der von allen Offizieren mit großem Respekt behandelt wurde, unbedingt gehorchen sollte, obwohl er selten im Lager war, nicht genau wußte, wo die Truppen vertheilt standen und meistens im Thale, außerhalb des Königreiches, in dem gegen jedes Ungewitter schützenden Hause einer jungen Bäuerin sich aufhielt. So hat sich momentan durch einen andauernden Regen auf den Bergen, durch höchst mangelhafte Unterstützung die vielgerühmte Bande des Chiavone aufgelöst, weil die seltene Unfähigkeit dieses Häuptlings zu hinderlich wurde, der tüchtig, brauchbar als Korporal und Offizier unter Kommando des Grafen Christen war, der aber feig, unfähig geworden, seitdem er wirklich glaubt, daß er eine bedeutende Persönlichkeit ist, und das hat Niemand anders verschuldet, als falsche Berichterstatter, die ihm einen unverdienten Namen gegeben, und die Leute, die den König umgeben. Wenn die „Settimana“, „Giornale di Torino“, „Nationale“ 2c. sagen, die Bande des Chiavone hat aufgehört zu existiren, so haben sie für jetzt recht, aber wenn sie darum glauben, die Reaktion unterliege, so ist das ein Irrthum, sie wird siegen ohne fremde Hülfe, sie wird 1862 die Autonomie des Königreichs herstellen und einen Bourbon auf den Thron zurückführen. (?) Die Bewegungen unter dem Kommando des spanischen Generals Borges, so wie unter Cipriani und Pinione sind schon jetzt von weit größerer Bedeutung.“

Portugal.

Lissabon, 9. Novbr. [Die preußische Kriegsbrigg „Hela“] kam am 4. d. von Falmouth aus hier an und lag am 7. d. noch hier.

Lissabon, 12. Nov. [Der Tod des Königs Dom Pedros V.] ist durch ein bösartiges Fieber herbeigeführt worden, welches plötzlich durch die Erschütterung, welche dem König der Tod seines Bruders Dom Fernando verursachte, einen unerwartet ernsten Charakter annahm. Der Vater des Königs, Dom Fernando, wurde sofort vom Staatsrath als Regent anerkannt, bis zur Ankunft des Herzogs von Oporto, welcher seinem Bruder unter dem Namen Luis I. nachfolgt. In Dom Pedro V. hat Portugal einen großen Verlust erlitten. Jung, thätig, einsichtsvoll, gütig, bemerkt die „Indép.“, besaß er alle Eigenschaften, welche Fürsten auszeichnen; sein Volk liebte und achtete ihn; es fühlte, daß es in ihm einen sichern Führer habe, beseelt von Liebe zum öffentlichen Wohl und trotz seiner Jugend reif für die schweren Pflichten des Königthums. Die heldenmüthige Hingebung, welche der junge Souverain entwickelte, als die Cholera Lissabon entvölkerte, hatte den Portugiesen davon einen Beweis gegeben, dessen Andenken bei ihnen nicht erlöschen wird. Auch der jüngste, vierzehnjährige Bruder des Königs, Dom Augusto, ist vom Fieber ergriffen, und sein Zustand flößt ernste Besorgnisse ein. Die beiden anderen Brüder des Königs, die Herzöge von Oporto und von Beja, befinden sich auf der Rückkehr zur See. Der Marineminister ist ihnen entgegengefahren. — Nach einer dem „Pays“ zugegangenen Depesche hat der Tod des Königs einen tiefen Eindruck in allen Klassen der Bevölkerung gemacht. Der Schmerz ist groß. Die Kirchen sind mit Menschen gefüllt, die Läden und öffentlichen Etablissements geschlossen. Die Kriegsschiffe und alle Handelsschiffe, die im Tajo liegen, haben Trauerflaggen aufgezogen. Die portugiesischen, französischen und englischen Kriegsschiffe werden jedes zwei Tage hindurch von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang stündlich einen Kanonenschuß abfeuern. Die Mitglieder des diplomatischen Korps haben sich zum Vater des Königs begeben, um ihm ihr Beileid auszudrücken.

Rußland und Polen.

⊘ Aus dem Königreiche Polen, 13. Nov. [Die Studentenunruhen in Rußland; Verhaftungen in Warschau; Gerstenzweig; Gerüchte 2c.] Vorgestern aus Petersburg eingelaufenen Privatnachrichten zufolge dürften die mit der russischen Studentenschaft vorgefallenen Reibungen, deren Hergänge der Hauptsache nach Ihnen bereits bekannt, keineswegs so ohne Bedeutung sein, wie man vielleicht glaubt; denn die Sache greift, da die 700 verhafteten, sowie die zehn verwundeten Jünglinge (von letzteren sind bereits zwei gestorben) zum großen Theil Söhne aus den bessern und besten Familien sind, ziemlich tief ein. Man bespricht die Entlassung des Ministers der Aufklärung sowie des Polizeimeisters bereits als abgemachte Sache und soll die Untersuchung gegen mehrere andere hochgestellte Beamte eingeleitet werden. Auch zehn Offiziere, welche zu Gunsten der Studenten an öffentlichen Orten gesprochen, sind vors Kriegsgericht gestellt worden. Der Abgang mehrerer Professoren dürfte auf die Studienverhältnisse auch eine um so nachtheiligere Wirkung üben, als die Abgegangenen meist der Zahl der bessern Lehrer angehört und die dadurch verlorenen Lehrkräfte nicht leicht wieder zu ersetzen sein werden. Die Universitäten bleiben, mit Ausnahme der Universität Dorpat, vorläufig geschlossen. Noch ist zu berichten, daß, nachdem die Verhaftung der Studenten bereits stattgefunden, sich noch sieben derselben, welche bei dem offenen Krawall nicht gegenwärtig waren, also auch nicht mitverhaftet werden konnten, freiwillig stellten und das Loos ihrer Kommilitonen zu theilen verlangten, weil sie nicht weniger als jene, und jene nicht mehr als sie schuldig seien an der Auflehnung gegen die Studienbehörden. Auch in einigen Gymnasien haben sich Regungen kundgegeben, aus welchen die Regierung die Ueberzeugung schöpfen dürfte, daß das System der Einschränkung der Lehrfreiheit nicht mehr zeitgemäß ist und die bisher durch Rußland in praxi bestandene Disziplin sich überlebt habe. Die Direktoren von drei höheren Lehranstalten haben ebenfalls ihre Entlassung nachgesucht. — Aus Warschau gehen Nachrichten von vermehrten Verhaftungen ein, und die Citadelle, welche unter Gartschakoffs Regierung und unter unmittelbarer Verwaltung des Marquis Paulussi in letzterer Zeit meist unbewohnt war von politisch Kompromittirten, ist jetzt bereits so übervölkert, daß man an Uebersiedlung eines Theils der Gefangenen denken muß, und die Untersuchungskommissionen sehr rasch arbeiten, um die nicht strafbaren Gefangenen so schnell als möglich los zu werden. — Der Tod Gerstenzweigs hat große Sensation erregt, und jetzt, nachdem man ihn nicht mehr zu fürchten hat, werden viele Stimmen gegen ihn laut, nach welchen sein Einfluß auf die Verhältnisse Polens nicht gerade günstig, und besonders für das gute Streben Lamberts sehr hemmend gewesen sein soll. Ueber die Ursachen seines Todes laufen verschiedene Gerüchte. — In Folge der erlassenen Verfügung, daß auch Damen sich aller nationalen Abzeichen enthalten und widrigenfalls verhaftet und in besondere Lokale gebracht werden sollen, sind bereits an mehreren Orten Damen, die die Sache für Spaß nahmen, oder das Märtyrerthum fürs Vaterland für sich beanspruchen wollten, zu der Ehre gekommen, auf kurze Zeit in Haft gehalten zu werden. — Die „Augsb. Allgem. Ztg.“ referirt die in mehreren Zeitungen bereits früher gebrachte Nachricht, daß man an der Grenze sieben Wagen mit Gewehren beladen abgefaßt und einen deutschen Fabrikanten verhaftet habe, der bedeutende Geldsummen zum Ankauf von Waffen für die Polen nach dem Auslande spedirt haben solle. Beides dürfen wir als ungegründet bezeichnen, ebenso die hier allgemein verbreitete Nachricht, daß Preußen an den hiesigen Grenzen einen Kordon gezogen und das fünfte Armeekorps zur Aufstellung an der Grenze mobil gemacht habe. Ein polnischer Edelmann, der vorgestern aus Posen kam, versicherte auf Ehrenwort, daß er zwischen Ostrowo und Kalisch eine Heeresabtheilung von 20,000 aufgestellt gesehen habe. (!) Unter den Bauern hat man allgemein das Gerücht verbreitet, daß zum Neujahr Krieg ausbrechen und man aus ihnen 50,000 Rekruten zum Januar ausheben werde. Die jungen Burschen suchen nun aus Furcht vor der Aushebung zum Dienst so schnell als möglich unter die Haube zu kommen und finden daher seit einigen Wochen ungewöhnlich viel Trauungen statt, da bekanntlich schon verheirathete junge Männer nicht mehr zum Dienst genommen zu werden pflegen. Ob eine Rekrutirung wirklich stattfinden werde, ist ungewiß. Das aber steht fest, daß mit Beginn des Jahres eine Verordnung erscheinen soll, nach welcher die Geistlichen angewiesen sein werden, jeden sich zur Trauung Meldenden vor vollendetem 25. Lebensjahre nicht eher aufzubieten, bis er zu Protokoll bedeutet worden, daß die vollzogene Verheirathung ihn vor der Aushebung zum Soldaten nun nicht mehr schütze. In der Provinz ist's jetzt ziemlich ruhig und gröbere Exzesse sind nicht weiter vorgekommen. Die Kriegszustände werden überall streng gehandhabt und aufrecht erhalten.

Dänemark.

Kopenhagen, 12. Nov. [Graf Moltke.] Mit dem seit längerer Zeit wiederholt verkündigten, aber eben erst erfolgten Austritte des Grafen A. W. Moltke aus dem Reichsrathe kehrt dieser greise Staatsmann völlig in das Privatleben zurück. Graf Moltke zur Grafschaft Bregentved bekleidete schon in vormärzlicher Zeit ein Ministerium und zwar, da er wohl der reichste Privatmann in ganz Dänemark ist, unentgeltlich. Als nun im März 1848 die Staatsumwälzung in Kopenhagen erfolgte und lauter neue, bürgerliche Männer faktisch die Gewalt in Händen hatten, war der König, Friedrich VII., der damals erst 2 Monate lang den Staat beherrschte, Anfangs unschlüssig und rathlos, wie er sich der Bewegung gegenüber verhalten solle. In dieser Verlegenheit wandte er sich an den Grafen Moltke mit der Bitte, sich an die Spitze des neuen Kabinets zu stellen und diesem durch seinen allgemein geachteten Namen dem Auslande gegenüber Ansehen und die Gewähr einer längeren Dauer zu verschaffen. Dieser Bitte konnte der Graf nicht widerstehen und so wurde er Präsident des sogenannten Kasinoministeriums; auch bewog er seinen Schwiegersohn, den Gra-

fen Knuth auf Knuthenborg, das Portefeuille des Auswärtigen zu übernehmen, welches derselbe indessen schon nach wenig Monaten niederlegte, während Graf Moltke als Konseilspräsident und als Minister des Auswärtigen noch eine geraume Zeit an der Spitze der öffentlichen Angelegenheiten blieb. Nachdem er und später auch Graf Sponnek das Kabinet verlassen (Baron Blixen-Finecke war noch später nur kurze Zeit Mitglied eines Ministeriums), gelangten sämmtliche Portefeuilles in die Hände von Bürgerlichen, wie denn auch das jetzige Ministerium, mit Hall an der Spitze, ausschließlich aus solchen besteht. Nach seinem Scheiden aus dem Kabinet gehörte Graf Moltke nur noch dem Landsthing und dem Reichsrathe, zuletzt nur noch diesem allein an; jetzt hat er auch sein Mandat als Reichsrathsabgeordneter niedergelegt. Er ist über 80 Jahre alt und lebt jetzt ganz zurückgezogen auf seinen Gütern; die Bauern derselben verehren ihn wie einen Vater und haben ihm sogar schon bei Lebzeiten ein Denkmal errichtet. (N. Z.)

Afrika.

Alexandrien, 11. Nov. [Der Graf von Chambord] ist gestern hier gelandet und hat eine Wohnung im Palast des Vizekönigs von Egypten bezogen.

Amerika.

Newyork, 26. Oktbr. [Sperrung des Potomac; die See-Expedition.] Von dem unteren Potomac erfährt man, daß die zweckmäßig angelegten Batterien der Konföderirten sich von Cocknit Point bis Mathias Point hinziehen, eine Strecke von 20 Miles, und daß der Fluß bald noch 5 Miles weiter, bis Freestone Point, gesperrt sein wird. Das vor Acquia Creek liegende Kanonenboot „United States" ist zurückgezogen worden, und es befindet sich jetzt kein bewaffnetes Schiff der Vereinigten Staaten zwischen Quantico Creek und Mathias Point. — Der am 21. d. von Annapolis nach Hampton Roads, wo sich die Expedition sammelt, abgegangene Theil der See-Expedition, deren Bestimmung unbekannt ist, besteht aus 18 Schiffen mit 14 Regimentern und einer Batterie am Bord und 12 Transportschiffen mit Kontrebande und Vorräthen. Unter „Kontrebande" sind 1000 Neger zu verstehen, welche die Expedition als Arbeiter begleiten. Es ist das erste Mal, daß der Bund Neger gegen den Süden verwendet. Sie sollen zum Aufwerfen von Schanzen und ähnlichen Arbeiten verwendet werden, wozu auch die Konföderirten sie verwenden; zugleich will man aber auch einen Wink geben, daß diese Neger auch noch in anderer Weise als Stützpunkte für die Operationen im Süden verwendet werden könnten. Außer der erwähnten Batterie ist auch noch Belagerungsgeschütz eingeschifft worden, nebst einer Komgagnie Genietruppen der regulären Armee, bedeutende Massen von Feldgeräth, eine Anzahl Maurer und Zimmerleute, Mauersteine, Mörtel und Feldsteine, kurz, Alles was der Expedition dazu dienen kann, sich bei einer Landung auf feindlichem Gebiete festzusetzen und sich eine sichere Basis für die ferneren Operationen zu verschaffen. Den Oberbefehl führt der General Sherman von der Artillerie; unter ihm kommandiren die Brigadiers Viele, Stevens und Wright, sämmtlich den regulären Truppen angehörend. Alle Regimenter des Expeditionskorps mit Ausnahme eines einzigen sind aus den östlichen und mittleren Staaten, deren Mannschaften für Operationen an der Küste die geeignetsten sind. — General Sherman hat an das See-Expeditionskorps einen Tagesbefehl erlassen, in welchem er sagt, daß das Bundesheer eine Landung in den südlichen Staaten unternehmen werde unter Umständen, welche große Ruhe, Aufmerksamkeit und Unerschrockenheit erfordern.

Newyork, 31. Okt. [Neueste Nachrichten.] Folgende amtliche Mittheilung ist hier angekommen: „Die Macht der loyalen Staaten zieht einen immer engern Kreis um die Rebellen. 500,000 Mann Truppen zu Lande stehen von Kansas bis Kap Hatteras und treiben langsam, aber sicher die Rebellion ins Innere der Sklavenstaaten, wo sie unfehlbar zu Grunde gehen wird. Der militärische Geist hat in den Staaten, jetzt da die Ernte ganz vorüber ist, nicht abgenommen. Die Regimenter kompletiren sich erstaunlich schnell durch den Andrang von Freiwilligen, und es steht außer Frage, daß der Entschluß, die Union wiederherzustellen und mit den Sklavereiausbreitern keinen Kompromiß irgend einer Art einzugehen,t äglich stärker wird. Die jährlichen Herbstwahlen im Norden und Westen sind fast ohne Opposition zu Gunsten der föderalistischen Regierungspolitik ausgefallen. Wenn Präsident Lincoln den Kampf fortsetzt, werden die Staaten freiwillig Geld und Leute hergeben." Am 27. d. ist eine ungeheure Seeexpedition nach einem unbekannten Bestimmungsort an der Küste der Atlantischen Baumwollenstaaten abgesegelt. Sie bestand aus 31 Transportfahrzeugen, 16 Dampfkanonenboten und 8 Kriegsschiffen mit 383 Kanonen. Sie hat 30,000 M., Armee- und Flottenmannschaft an Bord; ungeheure Zeugamtvorräthe, Landungsboote, tragbare Häuser, 1500 Schaufeln, Massen Backsteine, alles zu einem Feldzug Erforderliche, nebst Futter für die Artillerie- und Kavalleriepferde. — Beim Prozeß des Kapers „Savannah" wurden die Geschworenen, die sich nicht einigen konnten, entlassen. — Aus Havannah bestätigt man die Nachricht von der dortigen Ankunft der Herren Mason und Slidell, der konföderirten Bevollmächtigten, und daß dieselben am 8. Nov. pr. englischen Postdampfer nach Europa abzureisen gedachten. Das Gerücht von der Flucht des Sekretärs des Expeditionskommandanten war unbegründet. — General Henderson im Missouri hat mit 400 Rebellen kapitulirt, unter der Bedingung, daß sie die Waffen niederlegen. — Laut neuesten Nachrichten aus Kentucky machten die Föderalisten Fortschritte. — General Fremont hatte am 26. Abend Bolivar erreicht und vermuthlich am 27. oder 28. Springfield besetzt. — Mr. Memminger, Finanzsekretär der konföderirten Staaten, hat am 17. Okt. ein Rundschreiben erlassen, worin er im Namen des Kabinets erklärt, den Pflanzern weder durch Baumwollankäufe, noch durch Annahme ihrer Noten zu Hülfe kommen zu können. Der Süden brauche Geld, und nicht Baumwolle oder Noten zu seinem Riesenkampf. Er empfiehlt den Pflanzern, sich an die Banken zu wenden, und in Zukunft Getreide und andere Produkte anstatt Baumwolle zu bauen.

Lokales und Provinzielles.

≅ Posen, 14. Nov. [Stadtverordnetenversammlung.] In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde durch den Oberbürgermeister Geh. Rath Naumann der Jahresbericht über den Stand und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten erstattet und durch die Versammlung wie in früheren Jahren der Druck desselben beschlossen. Wir behalten uns vor, später ausführlichere Mittheilungen aus demselben zu bringen. — Demnächst kam eine Anzahl von Rechnungsvorlagen zur Verhandlung, die sämmtlich nach den Anträgen der betreffenden Kommissionen ihre Erledigung fanden und theils dechargirt, theils zur Beantwortung der gezogenen Notaten dem Magistrat überwiesen wurden. — Zu der beabsichtigten Regulirung des Bürgersteiges von der Marstallstraße bis zur Ecke des Sauerschen Grundstücks an der Wronkerstraße, zu welcher der Militärfiskus das nothwendige Terrain abtreten will, wurden die erforderlichen Kosten von der Versammlung bewilligt. — Ein wiederholter Antrag des Magistrats auf Erhebung eines mäßigen Schulgeldes in den Elementarschulen, um daraus die Mittel zur Aufbesserung der Lehrergehalte und zur Vermehrung der Schulklassen zu gewinnen, führte zu einer lebhaften Debatte, wurde aber schließlich, obgleich die Schulkommission denselben befürwortet hatte, mit überwiegender Majorität verworfen. Die Gegner des Schulgeldes beriefen sich besonders auf die Bestimmung der Verfassungsurkunde, daß der Unterricht in der Volksschule frei sein solle; wenn diese Bestimmung auch noch einer gesetzlichen Regelung durch das verheißene Unterrichtsgesetz bedürfe, so sei es doch von großer Bedeutung, das Prinzip schon jetzt aufrecht zu erhalten. Außerdem sei die durch Einführung des Schulgeldes erzielte Einnahme, wie auch der dem Antrage beigefügte Nachweis ergebe, eine voraussichtlich so geringe, daß sie bei den bedeutenden Summen, die von der Kommune dem Schulwesen zugewendet würden, nicht ins Gewicht falle. — Zum Schiedsmann für das VII. Revier wurde der Tischlermeister Gerstel auf den Vorschlag der Kommission wiedergewählt. — Ein eigenthümliches Schicksal hat die Beschwerde gehabt, die von der Stadtverordnetenversammlung vor längerer Zeit bei der hiesigen königlichen Regierung in Betreff der Mitwirkung bei Anstellung von Gemeindebeamten geführt ist. Auf wiederholte Anregung ist der Versammlung in diesen Tagen ein Reskript der k. Regierung vom 30. August 1859 (unterzeichnet von dem damaligen Vertreter des Oberpräsidenten, Frhrn. v. Mirbach) zugegangen, das sich im Wesentlichen für die Ansicht des Magistrats ausspricht. Die Versammlung beschloß nunmehr, sich beschwerend ans Ministerium zu wenden und wählte zum Entwurf der Beschwerdeschrift eine Kommission, bestehend aus den Stadtverordneten Annuß, Dönniges und Schimmelpfennig. — Die Verpachtung des Theaterbüffets auf ein Jahr vom 1. Januar bis ult. Dezember 1862 für 8 Sgr. pro Spielabend wurde genehmigt. — Ebenso die Verpachtung der Fleischverkaufsstellen pro 1862 für 286 Thlr. 15 Sgr. — Bei dem Gesuch des Pedells der Realschule um eine Gehaltszulage wurde die Entscheidung bis zur Feststellung des Stadthaushaltsetats für das Jahr 1862 ausgesetzt. — Der Dr. Jutrosinski, als Hülfslehrer an der hiesigen Realschule beschäftigt, hat um eine Gehaltszulage nachgesucht, die vom Magistrat befürwortet und von der Versammlung bereitwillig zugestanden wurde. Schon seit längerer Zeit ist die definitive Anstellung des genannten Lehrers beabsichtigt, jedoch an maaßgebender Stelle immer noch keine Entscheidung erfolgt. Die Versammlung beschloß deshalb, den Magistrat zu ersuchen, derselbe möge mit allen Mitteln dahin wirken, eine Entscheidung wo möglich noch vor dem Zusammentritt des Landtags herbeizuführen, um erforderlichenfalls eine Beschwerde beim Landtage einzureichen. — Der Verpachtung des kleinen Terrains zwischen dem Wilke'schen Grundstücke und dem Kreisgerichtsgebäude auf ein Jahr für 1 Thlr. ertheilte die Versammlung ihre Zustimmung. — Anwesend waren die Stadtverordneten Tschuschke (Vorsitzender), Annuß, Altmann, B. H. Asch, R. Asch, Berger, Breslauer, Dahlke, Dönniges, Feckert, Gałężewski, Garfey, Hebanowski, Hitze, L. Jaffe, Sam. Jaffe, Janowicz, v. Kaczkowski, Knorr, Löwinsohn, Lüpke, Magnuszewicz, Meisch, Schimmelpfennig, Schmidt und Walther. — Der Magistrat war vertreten durch den Oberbürgermeister Geh. Rath Naumann, die Stadträthe Au, Baarth, v. Chlebowski, Müller, Samter und Stadtbaurath Wollenhaupt.

L Aus der Provinz Posen, 14. Novbr. [Wahlangelegenheit.] Bei der ohnedies bedauerlichen politischen Spaltung der beiden Nationalitäten in hiesiger Provinz, einer Spaltung, welche nach Möglichkeit versöhnend zu beseitigen die Aufgabe jedes Patrioten, zumal jedes Beamten und vor Allem jedes Geistlichen, welcher Konfession er angehört, sein sollte, muß das in Nr. 265 d. Pos. Ztg. veröffentlichte erzbischöfliche Rundschreiben in Bezug auf die Wahlen (als eine weltliche Angelegenheit) mindestens überraschen, insbesondere, wenn man es mit dem bekannten Hirtenbriefe des Bischofs von Kulm vergleicht. Der Erzbischof von Gnesen und Posen ist ein katholischer Oberhirt und kein polnischer; aber sein Rundschreiben erscheint als das eines polnischen Erzbischofs. Existirt aber ein solcher, und sollte das Rundschreiben nicht auch für die deutschen Katholiken nach Form und Inhalt gegeben sein? Ist es möglich, anders als im ausgesprochensten nationalpolnischen Sinne die Worte des Rundschreibens zu verstehen: „Es ist andererseits eben so unzweifelhaft, daß es uns geziemt, treue Erinnerung und herzliche Anhänglichkeit an die alten Ueberbleibsel unserer Nationalität zu bewahren," — „daß es unsere Pflicht ist, die Sitte, die Sprache und die historischen Ueberlieferungen zu vertheidigen." Und in welchem Zusammenhange stehen diese angeblich geistlichen Pflichten mit den bevorstehenden Wahlen für ein preußisches Abgeordnetenhaus, für das Abgeordnetenhaus eines Staates, zu welchem auch die Provinz Posen sammt ihrer Erzdiözese gehört, eines Staates, dessen Gesetzen als preußischen der Herr Erzbischof sammt seinen Geistlichen unterworfen ist? Und was soll der unverkennbare Seitenhieb gegen das in der That seinen edeln und hochwürdigen Verfasser ehrende Rundschreiben des Bischofs von Kulm, gegen die wahrhaft christliche Sprache dieses Geistlichen? Kann es dessen Werth und Verdienst schmälern und durch diesen Ausfall für sich Lorbeern erwerben? Steht das fragliche Rundschreiben des hochwürdigsten Erzbischofs von Gnesen und Posen mit den neuerlichen Ministerialerlassen für den Wahlzweck im Einklange, und erscheint es seiner Form wie seinem Inhalte nach als ein berechtigtes? Diese Frage ist ohne Zweifel schleunigster Erörterung, und, falls es nöthig erscheint, der Remedur Seitens der hohen Staatsbehörde nicht unwerth, und im Interesse des preußischen Vaterlandes, zu dem auch die Provinz Posen gehört, halten wir Remedur und Korrektiv überall geboten, wo dies staatliche Interesse durch irrthümliche oder willkürliche Auffassung der Berechtigung irgend einer Gefährdung ausgesetzt sein kann.

Neustadt b. P., 14. Nov. [Kreistag; Hopfen.] In dem am 9. d. in Neutomysl unter Vorsitz des Kreislandraths stattgehabten Kreistage waren 16 Mitglieder anwesend. Es wurde zuvörderst zur Wahl der Einschätzungs-Kommission für die klassifizirte Einkommensteuer pro 1862 geschritten, und als Mitglieder die Rittergutsbesitzer v. Poncet auf Alttomysl, v. Niegolewski auf Niegolewo, Graf W. Łącki auf Posadowo, Probst Hebanowski von hier, Rustikalbesitzer Bruck in Kuczlin, Kaufmann Dampmann in Neutomysl, und als Ersatzmänner Kaufmann Hermann Wolffsohn von hier, Rechtsanwalt Hübler in Grätz und Rittergutsbesitzer Palm auf Ottusz gewählt. Demnächst wurde zur Wahl der Kreistags-Kommission geschritten, welche sich über die zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die anderweite Regelung der Grundsteuer vom 21. August 1861 nach §. 31 der Anweisung aufgestellter Klassifikations-Tarife zu äußern, beziehungsweise etwaige Einwendungen dagegen geltend zu machen haben. Gewählt wurden die Rittergutsbesitzer Graf Łącki auf Posadowo, Nobiling auf Chraplewo, Bürgermeister Glaubitz von hier und die Wirthe Marczewski in Bolewice und Hoffmann in Sontop. Für die Waisenanstalt in Rokitten wurden für die Jahre 1862/64 20 Thlr. jährlich und für das Waiseninstitut in Wollstein und die Blindenanstalt daselbst für denselben Zeitraum ebenfalls 20 Thlr. jährlich bewilligt. — In diesen Tagen wurden in unserer Umgegend mehrere Hopfenverkäufe abgeschlossen und höhere Preise als in der vorigen Woche angelegt. Namentlich sind es fremdländische Käufer, die bereits über 30 Thlr. für den Zentner bewilligen, jedoch muß das Produkt tadellos sein. Die Dominien Michorczewo und Pakoslaw zeichnen sich in diesem Jahre namentlich durch ihren Hopfen aus.

⸗ Bromberg, 14. Nov. [Stadtverordnetenwahl; Eisenbahnunfall; Getreidepreise; Mißhandlungen.] Am Mittwoch fand hier die Wahl der zur dritten Abtheilung gehörigen Stadverordneten statt. Die Anzahl der Stimmberechtigten beträgt ca. 300, von denen leider nur etwa 200 erschienen waren. Sehr stark war die Betheiligung der Beamten und vorzugsweise die der königl. Ostbahn, weshalb es auch nicht fehlen konnte, daß deren Abstimmung den Ausschlag gab. Es wurden an Stelle der ausscheidenden Stadtverordneten der Büreau-Vorsteher an der k. Ostbahn Lakomi, der Zimmermeister Berndt, der Regierungs-Haupt-Kassirer Walther und der Regierungs-Sekretär Brandrupp gewählt. — Am vorigen Donnerstage ereignete sich auf der Bahn bei Filehne ein Unfall, der leicht erstere Folgen hätte haben können. An der Ueberfahrtstelle brach gerade auf den Schienen an einem mit Wolle beladenen Frachtwagen eine Axe und man war noch damit beschäftigt, den Wagen abzuladen und fortzuschaffen, als der Berliner Schnellzug ankam. Der Zugführer sah den Wagen erst spät und gab Gegendampf; nichtsdestoweniger konnte die Lokomotive erst zum Stehen gebracht werden, nachdem sie sich tief in die Wolle des Frachtwagens gebohrt hatte. Außer einer Verzögerung von zwei Stunden ist ein weiterer Schaden nicht verursacht worden. — Die Getreidepreise für Weizen und Roggen haben sich hier während der letzten vier Wochen ziemlich in derselben Höhe gehalten und sind nur in den letzten Tagen ein wenig niedriger gegangen. Für Weizen 125—127 Pfd. schwer, zahlt man pro Wispel 70—75 Thlr., bei einem Gewichte von 128—131 Pfd. 75—80 Thlr., für ganz ausgezeichnete Waare, 132—135 Pfd. schwer, 81 Thlr. und darüber. Roggen 118—121 Pfd. (ziemlich guter) kostet 44—46 Thlr., bei einem Gewichte von 122—125 Pfd. (sehr guter) 46—48 Thlr. Große Gerste, von der übrigens nur unbedeutende Quantitäten zu Markte kommen, gilt 38—40 Thlr., kleine Gerste ist noch gar nicht zum Verkaufe gebracht worden, ebenso Hafer. Für Erbsen, deren Zufuhr auch sehr klein ist, werden pro Wispel 44—48 Thlr. gezahlt. Verladen wurde und zwar besonders Weizen nach Danzig und Stettin, Roggen nach Berlin. Die Zufuhr war im Ganzen nur mittelmäßig; die Kauflust stets rege. Ueber den Stand der Saaten in der Umgegend hört man befriedigende Aeußerungen. Kartoffeln werden pro Scheffel mit 15—17 Sgr. bezahlt; man glaubt jedoch, der Preis werde bald steigen, da in unserer Gegend von Kommissionären große Quantitäten dieser Frucht aufgekauft und nach Westfalen ꝛc. geschickt werden. — Wie bereits gemeldet, sind in letzter Zeit auffallend viele Anklagen wegen Mißhandlung oder Körperverletzung bei der hiesigen Staatsanwaltschaft eingegangen. In den beiden Terminen am 11. und 13. d. wurden allein vor der Kriminaldeputation des hiesigen Kreisgerichts acht Fälle verhandelt, die alle mit Bestrafung der Angeklagten endeten. Unter denselben befand sich auch einer, welcher von seltener Brutalität Zeugniß giebt. Der Schuhmacher Franz Wilke aus Cierplewo bekam am 21. August mit seinem leiblichen, 61 Jahre alten Vater Streit, packte ihn, warf ihn zur Thür hinaus und schlug ihn mehreremal mit der Faust auf den Kopf und in das Gesicht, so daß das Blut aus mehreren Wunden floß, und riß ihm schließlich eine Menge Haare aus dem Kopfe. Nur mit vieler Mühe konnte der Wüthende von ferneren Mißhandlungen zurückgehalten werden. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu 6 Monaten Gefängniß.

Bromberg, 14. Nov. [Maaßregeln gegen den katholischen Klerus.] Die königliche Regierung hat Maaßregeln ergriffen, um den Einfluß der katholischen Geistlichkeit auf die Schuljugend zu beschränken. So dürfen z. B. Vikare den Religionsunterricht nur in dem Falle ertheilen, wenn sie die Erlaubniß der Regierung erhalten haben. Die Befugniß, den Schulunterricht auszusetzen, ist den geistlichen Schulinspektoren entzogen und den Landräthen übertragen. Widersetzliche Schulinspektoren werden abgesetzt und wenn keine zuverlässigen da sind, wird die Inspektion dem Bürgermeister oder Distrikts-Kommissar übertragen. Diese Maaßregel hat bisher die Pfarrer zu Markowitz, Znin, Exin, Brzyskorzistew und Wongrowitz getroffen. (B. W.)

Redaktions-Korrespondenz.

A in Samter. Lesen Sie gef. erst die Zeitung, bevor Sie reklamiren.

Angekommene Fremde.

Vom 14. November.

HOTEL DE PARIS. Kaufmann Mamroth aus Kalisch, Dekan Szotkiewicz aus Niepruszewo, Probst Waszkiewicz aus Kołaczkowo, Oberamtmann Böthelt aus Trzebisławki, die Gutsbesitzer v. Skrzydlewski aus Mechlin und v. Kaniewski aus Lubowiczki.

HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Reichmond aus Berlin, Rechtsanwalt Engel aus Schroda, die Gutsbesitzer Hoffmann aus Liegnitz, Wendland aus Neudorf und Scheller aus Maniewo, Wirthsch. Kommissarius Wölbling aus Neustadt b. P., Apotheker Seibolt aus Rogasen und Konditor Gąsiorowski aus Gollancz.

BAZAR. Kreisrichter Lyskowski aus Strasburg, die Gutsbesitzer v. Chłapowski aus Bonikowo, v. Radoński aus Ninino, v. Niegolewski aus Morownica, Krzystoporski aus Wieszczyczyn, v. Kierski aus Podstolice, v. Brodnicki aus Dzieczmiarki, v. Brodnicki und Partikulier Berdemann aus Nieświastowice.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Marcus aus Włocławek, Flatau aus Peysern und Alexander aus Pleschen.

BUDWIG'S HOTEL. Gutsbesitzer Olsowski aus Breslau, die Kaufleute Flanter aus Janowiec, Mehlich aus Miłosław, Emmerling, Mühlenbesitzer Fechner und Fräulein Schulz aus Obrzycko.

EICHENERi BORN. Einwohner Gieldziński aus Kalisch, Kaufmann Baschinski aus Powidz und Sekretär Schubert aus Żerkow.

DREI LILIEN. Bäckermeister Kirsch aus Wreschen und Kaufmann Knoll aus Grätz.

Vom 15. November.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Twardowski aus Kobylnik, v. Turno aus Słopanowo und v. Żychliński aus Xiążno, die Gutspächter v. Kloeden aus Chwałkowo und Rankowitz aus Sobiałkowo, Kaufmann Kraus aus Töplitz, Gutsbesitzer v. Waligórski aus Rostworowo und Inspektor Bach aus Sobiałkowo.

SCHWARZER ADLER. Probst Zgrabczyński aus Powidz und Inspektor Rasiński aus Niedzwiedz.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Frau Gutsbesitzer v. Łaszczyńska aus Grabowo, Gutsbesitzer Atardt aus Magdeburg, Fabrikant Leruth aus Aachen, Kaufmann Schiff aus Breslau und Rentier Rautmann aus Dresden.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Kr. Ger. Rath a. D. Heinz aus Chelmiczki, Partikulier v. Sanden aus Robkow, die Kaufleute Pappenheim und Ammermann aus Berlin, Adler aus Paris, Löwenthal aus Potsdam, Schiller aus Magdeburg, Leirse aus Stettin, London aus Breslau, Briegmann aus Schwerta und Friedmann aus Leipzig.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Jung aus Hannover und Kochenrath aus Remscheid, Fabrikant Premper aus Celle, Rittergutsbesitzer v. Żychliński aus Piersko und Sekretär Leichert aus Königsberg i. Pr.

HOTEL DU NORD. Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer Graf Żółtowski aus Czacz, Frau Rittergutsbesitzer v. Krynkowska aus Popowo tamkowo, Rittergutsbesitzer v. Mukułowski und Rittergutsbesitzer und Dr. jur. v. Mukułowski aus Kotlin.

(Beilage.)